

Günter Neugebauer

SPD-Fraktion für volle Aufklärung bei Vergabe von KLR - aber PUA nicht mißbrauchen!

Zur Landtagsdebatte zur Einsetzung des zweiten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses führte der Obmann der SPD-Landtagsfraktion im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, Günter Neugebauer u.a. aus (es gilt das gesprochene Wort):

„Wir wollen und können die Opposition nicht daran hindern, auch die Auswahl und Vergabe des Mittelbewirtschaftungs- und Kostenrechnungssystems (KLR) in den Aufklärungskatalog zu übernehmen. Was wir nicht akzeptieren ist die undifferenzierte Zuordnung von Vorwürfen und Verantwortlichkeiten. Ginge es der Opposition nur um die Sache, könnte schon heute festgestellt werden: Der Finanzausschuss hat umfangreiche Beratungen zum Komplex KLR durchgeführt, er hat die Feststellungen des Landesrechnungshofes, nachdem er sie aus der Presse erfahren hat, ausgewertet und er hat Fehler und Versäumnisse und deren Verantwortliche festgestellt. Ginge es der Opposition nur um die Sache, könnte der Komplex KLR gemeinsam mit uns - wie seit Jahren üblich - übereinstimmend bewertet und mit den übrigen Feststellungen der Haushaltsprüfgruppe zu den Bemerkungen 2002 des Landesrechnungshofes beschlossen und dem Parlament zugeleitet werden. Die übrigen Vorwürfe, die sich mit dem Verhalten des ehemaligen Staatssekretärs Dr. Lohmann befassen, könnten wir getrost den Organen überlassen, die zuständig sind: der Staatsanwaltschaft, den Gerichten und der dienstrechtlichen Aufsicht.“

Wir wollen in Zusammenhang mit Einführung der KLR nichts beschönigen, aber auch nicht alles schlechtreden lassen. Richtig ist: Das Verhalten des ehemaligen Staatssekretärs Dr. Lohmann ist auch für uns unerklärlich und unerträglich. Sein angebliches Nichtwissen über die Anzeigepflicht von Beratungsverträgen sowie die Beraterverträge selbst haben auch uns in Erstaunen gesetzt. Seine fehlerhafte Aufsicht über die Aktenführung und die Dokumentation der Vergabe von Aufträgen nach § 30 VOL ist nicht entschuldbar. Dieses Verhalten muss auch nach unserer Ansicht strafrechtlich und dienstrechtlich geprüft, und soweit bestätigt, angemessen geahndet werden.

Zutreffend ist aber auch: Kein Thema hat den Finanzausschuss seit 5 Jahren so intensiv beschäftigt, wie die Einführung der KLR. Sie war der richtige Schritt zur Modernisierung der Verwaltung, zu mehr wirtschaftlichem Verhalten und zum Kostendenken in der Verwaltung. Die KLR wird auch uns Abgeordneten bei den Haushaltsberatungen helfen. Effizienzsteigerungen in der öffentlichen Verwaltung setzen die Kenntnis von Kostenleistungsrelationen voraus.

Auch die Vergabe des Auftrages an Debis/SAP war richtig. Der Finanzausschuss hat sich in mehreren Sitzungen mit den Angeboten der Auftragsbewerber befaßt. Wir haben uns einstimmig nicht für den Vorschlag des externen Gutachters nach der Nutzwertanalyse entschieden. Wir haben uns einstimmig ohne Widerspruch des Landesrechnungshofes für Debis/SAP entschieden, weil es uns um die Zukunftsfähigkeit des Angebotes ging. Diese Zuversicht ist bis heute bestätigt worden.

Wenn der Präsident des Landesrechnungshofes seit Monaten mit einer aktiven Pressarbeit von seinem damaligen Verhalten ablenken will, dann ist dies nicht korrekt. Der Landesrechnungshof hat trotz intensiver Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium und dem Finanzausschuss und den damit erworbenen Kenntnissen dem Finanzausschuss nicht vom Zuschlag des KLR-Systems an SAP/Debis abgeraten. Der Landesrechnungshof hat den Finanzausschuss leider auch erst 3 Jahre später darüber aufgeklärt, dass er bereits im Sommer 1998 den Widerrufsvorbehalt des Finanzausschusses durch die Kündigungsklausel als nicht erfüllt ansah. Wir lassen uns von niemanden im

Einsatz für die Unabhängigkeit des Landesrechnungshofes übertreffen. Die Unabhängigkeit ist aber gefährdet, wenn die Spitze des Landesrechnungshofes durch Pressearbeit und Zusammenarbeit mit der Opposition aktiv Politik betreiben will. Auch darüber werden wir im Untersuchungsausschuss sprechen wollen, wie unserem Ergänzungsantrag zu entnehmen ist.

Auch wir bedauern, dass unentschuldbare Verstöße gegen das Vergabe- und Haushaltsrecht begangen worden sind. Das ist unakzeptabel und darf sich nicht wiederholen. Wer den Finanzminister dafür aber persönlich verantwortlich macht, trifft auf unseren Widerstand. Es ist und kann nicht Aufgabe eines Ministers sein, sich um die Aktenführung oder die korrekte Dokumentation von Vergabeverfahren zu kümmern. An der Spitze der Verwaltungshierarchie steht der Staatssekretär. Er trägt für diese Versäumnisse die Verantwortung.

Für uns bleibt wichtig, dass dem Land und seinen Steuerzahlern durch diese Verstöße gegen das Vergaberecht keine finanziellen Nachteile entstanden sind. Die Unterstellungen und Behauptungen des Abgeordneten Kubicki über angebliche Schadensersatzansprüche an das Land sind wie eine Seifenblase zerplatzt. Er ist, ungewöhnlich genug, in diesem Thema auch ganz still geworden, nachdem seine Thesen gutachterlich widerlegt worden sind.

Die Aufgaben im Untersuchungsausschuss werden von uns allen viel Kraft und zeitlichen Aufwand verlangen. Die Opposition hat es in der Hand, die Dauer zu bestimmen. Ich hoffe nicht, dass sie aus sachfremden Erwägungen das Aufklärungsverfahren unangemessen in die Länge zieht.

Wir alle übernehmen im Untersuchungsausschuss eine hohe Verantwortung für das Ansehen von Politik und Parlament in unserer Gesellschaft. Schaden ist genug entstanden. Ich hoffe, dass wir dies bei allem, was uns parteipolitisch trennt, gemeinsam erkennen.

Als Obmann verspreche ich, dass wir uns um die volle Aufklärung der Vorgänge und Vorwürfe beteiligen werden. Eine Vertuschung von Erkenntnissen wird es mit uns nicht geben. Wir werden aber auch nicht zulassen, dass der Untersuchungsausschuss von der Opposition durch unbewiesene Behauptungen oder Spekulationen für Wahlkampfzwecke mißbraucht wird.“ (SIB)